

Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 24

25. Juli 2010

Inhalt

01 Innenminister Heribert Rech und LPP Dr. Wolf Hammann zu Gast beim Landesvorstand der DPoIG

- Die Richtung stimmt - Positive Aspekte der Dienstrechtsreform
- Was fehlt, bzw. was noch unbefriedigend geregelt ist
- Polizei erhält Strukturverbesserungen in Höhe von knapp 15 Millionen Euro
- W8 soll künftig zum „komprimierten W2“ werden
- A 8 soll zur Regelbeförderung bei der Versetzung in den PED werden
- Stellenbewertung und Beförderungstau für POR/KOR untragbar
- Martin Schuler und Manfred Riehl kämpfen für den Tarifbereich
- Uschi Korn hält einheitlichen Stellenplan „Polizei“ für die einzig realistische Hoffnung für unsere Verwaltungsbeamten
- Manfred Ripberger: Die Kriminalpolizei blutet immer mehr aus
- Liegen Birzeles Organisationspläne noch in der ministeriellen Schublade und was ist an der 42-Stundenwoche nach der Landtagswahl dran?
- Ralf Kusterer und Norbert Schwarzer sammeln für die DPoIG-Stiftung

02 Der Rechnungshof Baden-Württemberg stellt die Denkschrift 2010 im Stuttgarter Landtag der Öffentlichkeit vor

03 BW stützt Aussagen des Rechnungshofs: Sparappell und Kritik an Privatisierungen sind richtig

04 Interessante Landtagsanfragen

01 Innenminister Heribert Rech und LPP Dr. Wolf Hammann zu Gast beim Landesvorstand der DPoIG

Quelle: DPoIG BW vom 23.07.2010



Kurztext: Landesvorsitzender Joachim Lautensack konnte bei der Sitzung des Landesvorstandes der DPoIG am 23. Juli in Tiefenbach gleich zwei Ehrengäste begrüßen: Innenminister Rech und Landespolizeipräsident Dr. Wolf Hammann. Die Themenliste, die der Landesvorsitzende dem Minister vor dem Treffen zukommen ließ war lang. Die Dienstrechtsreform und die besoldungsstrukturellen Verbesserungen standen ganz oben auf der Agenda. Daneben wurden aber auch Fragen der Arbeitszeit bei der Polizei sowie drängende Problemstellungen bei der Kriminalpolizei, der Verwaltung und im Tarifbereich besprochen. Und letztlich ging es auch um die Zukunft der Polizei nach der Landtagswahl 2011.

**Die Richtung stimmt - Positive Aspekte der Dienstrechtsreform**

Joachim Lautensack dankte dem Minister bei dieser Gelegenheit für die Beteiligung der Gewerkschaften, insbesondere des Beamtenbundes und Tarifunion (BBW) und der DPoIG und fasste in seinem Eingangsstatement die positiven Aspekte der Dienstrechtsreform zusammen:

- Verzicht auf die Streichung der Ausgleichszahlung in Höhe von 4091 Euro
- Beibehaltung der vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltssatzes.
- Einführung einer Antragsaltersgrenze für Vollzugsbeamte ab dem 60. Lebensjahr.

- Einführung einer Referenzaltersgrenze für dienstunfähige Vollzugsbeamte, damit diese ab dem 60. Lebensjahr abschlagsfrei in den Ruhestand gehen können.
- Verzicht auf die ursprünglich geplante generelle und deutlich schnellere Umsetzung der Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie die Förderung der freiwilligen Weiterarbeit durch ein einen 10%igen Gehaltszuschlag oder zur Erhöhung des individuellen Ruhegehaltssatzes bis zur Höchstversorgung.
- Erhöhung der Sonderurlaubstage für Wechselschicht-/Nachtdienst von 4 auf 6 Tage.
- Einführung der unterhältigen Teilzeit.
- Verbesserte Sonderurlaubsregelungen für die Kinderbetreuung oder zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger.
- Erhöhung von DUZ-Zahlungen durch die Einführung von Zulagen für lageorientierten Dienst (LOD)



Was fehlt, bzw. was noch unbefriedigend geregelt ist

Landesvorsitzender Joachim Lautensack ließ gegenüber dem Minister keinen Zweifel daran, dass aus Sicht der DPoIG lange noch nicht alle Angelegenheiten der Dienstrechtsreform zufriedenstellend geregelt sind. Diese fasste er wie folgt zusammen:

- Ein klares und eindeutiges Signal der Wertschätzung und Anerkennung des Feuerwehrdienstes, des Streifen- und Wechselschichtdienstes und vergleichbarer Funktionen (z.B. durch Anerkennung langjähriger Schichtzeiten, Faktorisierung der Nachtarbeit, Altersabschläge bei der Wochenarbeitszeit, o.a.).
- Abschaffung der Konkurrenzregelung von Polizeizulage und Wechselschichtzulage.
- Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

Polizei erhält Strukturverbesserungen in Höhe von knapp 15 Millionen Euro

Der Minister machte aus Sicht der Landesregierung deutlich, dass die Stellungnahmen der DPoIG und des BBW durchaus Beachtung gefunden hätten und auch in konkrete Nachbesserungen gemündet seien. Gleichwohl seien weitere Forderungen derzeit nicht finanzierbar und politisch auch nicht durchsetzbar. Mit rund 15 von ins-

gesamt 40 Millionen Euro für die gesamte Landesverwaltung, die als „besoldungsstrukturelle Verbesserungen“ allein für den Polizeibereich zur Verfügung gestellt wurden, sei die Polizei sehr gut bedient.



Minister Rech und LPP Hammann konkretisierten die hieraus resultierenden Zahlen für die Beförderungen wie folgt:

Beförderungen nach A 9 mD	498
Beförderungen nach A 10	465
Beförderungen nach A 11	465
Beförderungen nach A 12	465
Beförderungen nach A 13	132
Beförderungen nach A 14	61
Beförderungen nach A 15	61
Beförderungen nach A 16	19
Beförderungen nach A 16+Z	1
Gesamtzahl der Beförderungen	2167

Alle vorgenannten Beförderungen aus dem Nachtragshaushalt 2010/2011 sollen **zusätzlich** zu den Beförderungen aus dem 1400er-Programm und zusätzlich zu den Beförderungen nach Personalabgang erfolgen. Während für die Beförderungen aus dem 1400er-Programm und die Beförderungen nach Personalabgang die üblichen Beförderungssperren (bis A 11 insgesamt 6 Monate und ab A 11 insgesamt 9 Monate) gelten, sind die **Beförderungen aus dem Nachtragshaushalt nach Inkrafttreten zum 1.1.2011 sofort verfügbar.**

W8 soll künftig zum „komprimierten W2“ werden

Noch nicht ganz abgeschlossen seien die Planungen für den künftigen Qualifizierungslehrgang. Dieser soll auf jeden Fall weitergeführt werden, deshalb sei die Aufstiegsverordnung „vorsorglich“ über den 31.12.2010 hinaus um vier Jahre verlängert worden. Aus acht Wochen sollen voraussichtlich zwei Wochen werden, wobei neben einer Präsenzschulung auch elektronische Lernmedien eingesetzt werden sollen.

Über den Qualifizierungslehrgang können voraussichtlich aufsteigen:

2011	160 Beamte
2012	130 Beamte
2013	180 Beamte

A 8 soll zur Regelbeförderung bei der Versetzung in den PED werden

Die DPoIG hat mehrfach darauf hingewiesen, dass diese politische Willensbekundung nur dann realisiert werden kann, wenn abweichend zu den Regelungen des neuen Landesbeamtengesetzes (generell 3 Jahre Probezeit und Beförderungsverbot innerhalb dieser Frist gem. §§ 19, 20 LBG-neu) eine Ermächtigungsgrundlage im Gesetz geschaffen wird, die sicherstellt, dass bereits nach einer Regelverweilzeit in den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei von künftig 18 Monaten eine solche Beförderung möglich ist. Diese Anmerkung der DPoIG hat die Landesregierung im aktuellen Entwurf des Landesbeamtengesetzes aufgegriffen. LPP Hammann sagte zu, dass die Laufbahnverordnung der Polizei dementsprechend geändert werden soll.

Auf deutlichen Hinweis des DPoIG-Landesvorsitzenden sagte LPP Hammann auch zu, dass zuerst die Polizeimeister des Polizeieinzeldienstes, die teilweise schon jahrelang auf eine Beförderung nach A 8 warten müssen, bei den Beförderungen bedacht werden. Darüber hinaus solle auch sichergestellt werden, dass die Einsatzbeamten der BFEen gegenüber ihren Jahrgangskollegen, die früher in den PED versetzt werden, nicht benachteiligt werden.

Stellenbewertung und Beförderungstau für POR/KOR untragbar

„Baden-Württemberg ist Schlusslicht bei der Stellenbewertungen nach A 15 im Bundesländer-Vergleich; von aktuell rund 200 POR/KOR sind 100 bereits über 50 Jahre alt; hochmotivierte Polizeiführer verkommen in der Perspektivlosigkeit“, so skizzierte der DPoIG-Chef die Situation der Kolleginnen und Kollegen in der Besoldungsgruppe A 14. Sein Vorschlag zur Schaffung einer Pool-Lösung war für den Minister und den LPP überaus interessant, wenngleich beide eine sehr schnelle Lösung nicht in Aussicht stellen konnten.

Martin Schuler und Manfred Riehl kämpfen für den Tarifbereich

Stelleneinsparungsverpflichtungen, Nichtvollzugskonzept, Schnittstelle POLAS/COMVOR, Organisationsuntersuchung luK, u.a.m. stellen alte und neue Herausforderungen für unsere Tarifbeschäftigten dar. Ohne die Unterstützung des Tarifbereichs läuft in der Polizei aber gar nichts mehr. Die Arbeitsbelastung hat das Limit bereits überschritten, berufliche und finanzielle Perspektiven sind nicht mehr erkennbar. Martin Schuler, DPoIG-Vertreter der



Tarifbeschäftigten im HPR und Manfred Riehl, DPOIG-Landestarifbeauftragter, stellen die Situation dar und forderten dringend die Unterstützung des Ministers ein.

Uschi Korn hält einheitlichen Stellenplan „Polizei“ für die einzig realistische Hoffnung für unsere Verwaltungsbeamten



Der Personalkörper an Verwaltungsbeamten wird seit der Verwaltungsreform immer dünner, die beruflichen Perspektiven sind seit Jahren gleich Null. Der Planvermerk, nachdem landesweit lediglich 38 Beförderungen aus dem Vollzugshaushalt in Anspruch genommen werden können, ist nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Ursula Korn plädiert seit vielen Jahren gemeinsam mit der DPOIG für einen einheitlichen Stellenplan, damit den Verwaltungsbeamten ebenfalls berufliche Perspektiven eröffnet werden. LPP Dr. Hammann stimmte der Situationsschilderung voll und ganz zu und befürwortete den Lösungsansatz der DPOIG.

Manfred Ripberger: Die Kriminalpolizei blutet immer mehr aus



Manfred Ripberger, Kripo-Sprecher der DPOIG, schilderte dem Minister und dem LPP die vielfältigen Problemstellungen bei der Kriminalpolizei. Die Überalterung der Kripo ist noch dramatischer als die bei der Schutzpolizei. Durch die vielen Pensionierungen in den nächsten Jahren droht ein gewaltiger Know-how-Verlust. Die zunehmende Aufgabenbelastung und die steigenden Qualitätsanforderungen stellen die Kriminalpolizei vor ganz große Probleme. Die Fach- und Sachbearbeiterkarriere wurde bereits mit der Reorganisation versprochen, aber leider nie umgesetzt. Ripberger und die DPOIG fordern ein kripo-spezifisches Zukunftskonzept mit Perspektiven für die Organisation und das Personal der Kriminalpolizei. Zur zukünftigen Ausbildung der Kriminalkommissare stellte die DPOIG klar, dass das „Heil“ nicht in der sogenannten Y-Ausbildung liegt.

Liegen Birzeles Organisationspläne noch in der ministeriellen Schublade und was ist an der 42-Stundenwoche nach der Landtagswahl dran?

Bevor der Minister die Sitzung in Richtung Stuttgart verließ, wollte Joachim Lautensack von ihm noch wissen, ob der ehemalige SPD-Innenminister Frieder Birzele seine Unterlagen zur Organisationsreform in der unteren Ministerschublade hat liegen lassen, auf die Rech nach der Landtagswahl eventuell zurückgreifen werde. Die Spatzen, deren Namen man recht genau benennen könne, piffen von den Dächern, dass das mittlerweile 20 Jahre alte SPD-Modell auch unter einem CDU-Minister aufleben könne, so der DPOIG-Landeschef.

Minister Rech dementierte das Vorhandensein einer solchen Hinterlassenschaft und wollte die „Befürchtungen“ wortgewandt zerstreuen. Joachim Lautensack kündigte ihm „vorsorglich“ für diesen Fall und für den Fall einer weiteren Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden den heftigsten Widerstand der DPOIG an.

Ralf Kusterer und Norbert Schwarzer sammeln für die DPoIG-Stiftung

Norbert Schwarzer (links), Fachsprecher für den freiwilligen Polizeidienst im Landeshauptvorstand der DPoIG, ist einer der verlässlichsten „Spendensammler“ für die DPoIG-Stiftung. Seinem Engagement und seiner Initiative ist eine Spende der BBBank in Höhe von 500.- Euro zu verdanken. Ralf Kusterer, Stiftungsbeauftragter, sammelte bei zahlreichen Gelegenheiten und Veranstaltungen. Der Inhalt der blauen Sparschweine summierte sich mal wieder auf ebenfalls 500 Euro. Somit gingen zwei Schecks in Höhe von insgesamt 1.000 Euro an die DPoIG-Stiftung, die für verletzte und traumatisierte Kolleginnen und Kollegen kostenlose Ferienaufenthalte finanziert.

Aus Zeitgründen konnten nicht alle drängenden Probleme angesprochen werden. Minister und Landespolizeipräsident sagten der DPoIG jedoch zu, alle grundlegenden Angelegenheiten rechtzeitig zu erörtern.

02 Der Rechnungshof Baden-Württemberg stellt die Denkschrift 2010 im Stuttgarter Landtag der Öffentlichkeit vor

Quelle: Rechnungshof BW, Denkschrift 2010

Neben dem Schwerpunkt der Haushaltspolitik spannt die diesjährige Denkschrift wiederum einen Bogen über alle Ressortbereiche des Landes.

...

Noch immer keine elektronische Arbeitszeiterfassung bei der Polizei

Beitrag Nr. 6, Seite 54 ff.

Bereits vor fünf Jahren hatte der Rechnungshof angeregt, die Arbeitszeit der Beamteten der Landespolizei elektronisch zu erfassen. Seitdem haben sich keine wesentlichen Fortschritte ergeben. Noch immer wird die Arbeitszeit von 60 Prozent der Beschäftigten nicht elektronisch erfasst. Das Innenministerium hat es bislang versäumt, einen Rahmenvertrag zur Beschaffung der dafür notwendigen Hard- und Software abzuschließen und dafür Geld bereitzustellen. Das soll jetzt nachgeholt werden. Positiver Nebeneffekt: Die jährlichen Einspar- bzw. Umschichtungspotenziale sind höher als die Investitionskosten. Kritik übt der Rechnungshof auch daran, dass die arbeitszeitrechtlichen Vorschriften unterschiedlich angewandt und zum Teil gar nicht beachtet werden. Deshalb sollten die Arbeitszeitregelungen vereinfacht werden.

...

Schwertransporte: Gebühren für Polizeibegleitung nicht kostendeckend

Beitrag Nr. 7, Seite 61 ff.

Die Polizei begleitet Großraum- und Schwertransporte, um Gefahren abzuwehren, die sich aus den Transporten ergeben. Die Kosten hat der Transportunternehmer zu tragen. In den letzten Jahren hat die Polizei im Durchschnitt 2 Millionen Euro eingenommen. Es hätte eine halbe Million Euro mehr sein können, wären alle gebührenpflichtigen Tätigkeiten abgerechnet worden. Das Abrechnungsverfahren ist zu kompliziert und sollte vereinfacht werden. Die Polizei will diese Aufgabe privatisieren. Dies setzt aber voraus, dass Gebührenauffälle durch entsprechende Kosteneinsparungen im Polizeihaushalt ausgeglichen werden.

...

03 BW stützt Aussagen des Rechnungshofs: Sparappell und Kritik an Privatisierungen sind richtig

Quelle: BBW vom 20. Juli 2010

Kurztext: Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) unterstützt die Forderung von Rechnungshof-Präsident Max Munding nach einer Trendwende in der Haushaltspolitik. Der Sparappell sei ebenso richtig wie die niederschmetternde Kritik an den Privatisierungsmaßnahmen im Justizbereich und an dem Projekt „Sale-and-rent-back“, sagte BBW-Chef Volker Stich am 20. Juli 2010 in Stuttgart.

Den Rat Mundings an die Landesregierung, die Personal- und Versorgungsausgaben proportional mit den Steuereinnahmen zu verknüpfen, nannte Stich einen mutigen Ansatz, den man kritisch prüfen solle. Die Kritik an den Privatisierungsmaßnahmen des Landes stößt dagegen beim BBW auf Zustimmung in allen Punkten. So ist man beim BBW nicht verwundert, dass die Privatisierung der Bewährungshilfe dem Land nicht etwa Einsparungen beschert hat, sondern bis 2016 Mehrkosten in Höhe von fast 47 Millionen Euro verursachen wird. „Wie sollen Private, die gewinnorientiert arbeiten, kostengünstiger sein als der öffentliche Dienst“, fragt BBW-Chef Stich und fügt erläuternd hinzu: Das gehe nur zu Lasten der Qualität oder auf Kosten der Beschäftigten.

Mit Blick auf den Bericht des Rechnungshofs, der neben der Privatisierung der Bewährungshilfe auch das Projekt „Sale-and-rent-back“ und somit den Versuch, den Immobilienbestand des Landes mit privater Hilfe besser zu vermarkten, für gescheitert erklärt, warnt der BBW eindringlich vor weiteren Privatisierungsmaßnahmen, insbesondere vor der geplanten weiteren Privatisierung innerhalb der Vermessungsverwaltung.

Bereits seit Mitte der 90er Jahre verfolgt das Land das Ziel, für praktische Vermessungstätigkeiten den Anteil der „Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“ auf 80 Prozent zu erhöhen. Was bis heute nicht gelungen ist, soll demnächst sozusagen per „Privatisierungsgesetz“ in die Tat umgesetzt werden – mit fatalen Folgen, prophezeit BBW-Chef Volker Stich und verweist darauf, dass die geplante Novelle des Vermessungsgesetzes nicht berücksichtige, dass mit der Vergabe der Aufträge an die Privata-

ten auch die Gebühren für die verrichteten Arbeiten an diese fließen. Der BBW befürchtet – wie auch der Landkreistag – einen gravierenden Gebühreneinbruch bei den Landratsämtern, die seit der Verwaltungsreform für die Vermessungsverwaltung zuständig sind.

Kritisch bewertet der BBW auch zunehmende Privatisierungsmaßnahmen im Strafvollzug. Man habe inzwischen genug Erfahrung gesammelt, die belegten, dass man bei der Übertragung von Aufgaben im Strafvollzug an Private äußerst vorsichtig vorgehen muss. BBW-Chef Stich: „Auch hier zeigt sich, dass der Kernbereich des Staates für Privatisierungen nicht tauglich ist.“

04 Interessante Landtagsanfragen

Quelle: Parlamentsdokumentation

	Neue Drucksachen
14/6414	Nächtliche Bereitschaftsdienste an Amtsgerichten http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6414_d.pdf
14/6678	Mittig LReg 14.07.2010 Bestellung eines Sonderausschusses "Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt" Kapitel 4: Sicherheitsmaßnahmen an Schulen
14/6677	http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6678_d.pdf
14/6676	Kapitel 3: Gewaltdarstellung in Medien, unter anderem in Computerspielen http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6677_d.pdf
14/6669	Kapitel 2: Zugang zu Waffen http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6676_d.pdf Kapitel 1: Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6669_d.pdf
14/6675	BeschlEmpf und Bericht SozA 15.07.2010 Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6675_d.pdf
14/6548	Rechtsextremistische Konzertveranstaltungen in BW 2010 http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6548_d.pdf
14/6547	Einführung des Digitalfunks bei der Polizei in Mannheim http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6547_d.pdf
14/6540	Umsetzung der Kampfhundeverordnung im Land und Ergebnisse des Züchtungsverbots http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6540_d.pdf
14/6531	Umrüstung von Polizeifahrzeugen für Digitalfunk http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6531_d.pdf
14/6300	Kostenübernahme für außerhalb der Bundesrepublik Deutschland entstandene Aufwendungen iRd Heilfürsorge für Polizeibeamte http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6300_d.pdf
14/6523	BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.06.2010 Novelle des PolizeiGes nach dem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/6000/14_6523_d.pdf

	Kleine Anfragen/Anträge
Drs 14/6707	Akademie der Polizei in Wertheim http://www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Art=KA&Drs=14_6707
Drs 14/6667	Digitale Führerscheinkontrolle mittels Chips auf dem Führerschein http://www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Art=KA&Drs=14_6667

Ende DPoIG-ID Nr. 24/2010

Erscheint ca. wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten